

Telekom Austria-Betriebsversammlungen

„Tiefste Solidarität und Übereinstimmung mit den Anliegen der Belegschaft“

Großer Ansturm bei Telekom Austria-Betriebsversammlungen

Rund die Hälfte der Mitarbeiter der Festnetzsparte der Telekom Austria haben sich am 5. Juni bundesweit zu Betriebsversammlungen eingefunden. Sie erlebten einen kämpferischen ÖGB-Chef Rudolf Hundstorfer und durften sich über die Zusage von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer freuen, wonach es keine Auslagerung von Telekom-Mitarbeitern in eine staatliche Arbeitsagentur ohne Zustimmung der Gewerkschaft geben werde. „Es geht nicht nur um die Interessen der Firma, sondern auch um die der Belegschaft“, sagte Gusenbauer-Sprecher Stefan Pöttler zur APA.

Telekom-Protest – Hundstorfer kämpferisch: „Wir sind voll da“

„Das Wetter entspricht der allgemeinen Stimmung im Unternehmen“, hieß es Donnerstag früh bei der Eröffnung der Betriebsversammlung der Telekom Austria (TA) im Zeichen eines möglichen Personalabbaus und der Gründung einer Arbeitsagentur in der Staatsholding ÖIAG. Unter kräftigem Applaus der rund 2.000 Telekom-Beschäftigten, die sich in der Wiener Remise eingefunden hatten, gab sich ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer kämpferisch.

„Wir haben tiefste Solidarität und tiefste Übereinstimmung mit den Anliegen der Belegschaft“, so Hundstorfer. Es könne nicht sein, dass Menschen einfach zwischen Arbeitsagenturen hin und her geschoben werden, meinte er unter kräftigem Applaus der Telekom-Mitarbeiter.

„Der ÖGB wird Euch begleiten, der ÖGB ist und bleibt die Kampforganisation des Landes. Wir sind trotz der Krise in den vergangenen Monaten voll da, damit nicht Menschen entsorgt werden“, so ein kämpferischer Hundstorfer.

„Ich bin auf Eurer Seite“, meinte auch AK-Präsident Herbert Tumpel. 50.000 Jobs würden direkt und indirekt an der Zukunft der Telekom Austria hängen, gab er zu bedenken. „Weitere Privatisierungen brauchen wir nicht. Und wir brauchen auch keine Politik, die nur kurzfristige Gläubigerinteressen verfolgt“, ergänzte er.

Telekom-Protest – Fritz: Mitarbeiter sollen für Managementfehler büßen

Gewerkschaftschef Gerhard Fritz betonte bei der Betriebsversammlung der Telekom Austria in Wien, dass die Postler voll solidarisch



Foto: APA/Harald Schneider

hinter den Beschäftigten der Telekom Austria stünden. Gemeinsam mit dem Telekom-Betriebsrat kämpfen die Postler gegen eine angelegte ÖIAG-Arbeitsagentur und für angeblich überzählige Mitarbeiter bei den beiden teilstaatlichen Unternehmen.

Fritz hielt im Gespräch mit der APA fest, dass Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (S) bereits klargestellt habe, dass es eine Auslagerung der beamteten Beschäftigten ohne Gewerkschaftszustimmung nicht geben werde.

Telekom-Protest – „Wann weiß ich, wann ich abgesägt werde“

Rund 5.500 Mitarbeiter der teilstaatlichen Telekom Austria (TA) haben sich am Donnerstag Vormittag bundesweit zu Betriebsversammlungen getroffen, um gegen einen angedachten Personalabbau und die Ausgliederung von rund 2.000 Beamten in eine Arbeitsagentur der Staatsholding ÖIAG zu protestieren. „Wann weiß ich, wann ich abgesägt werde“, fragte eine besorgte Mitarbeiterin.

Andere meinten, dass die Telekom durch Personalabbau und Auslagerungen billig Know-how an die Mitbewerber verschleudern würde.

Telekom-Betriebsratschef Michael Kolek kritisierte ebenfalls die Auslagerungspolitik des börsennotierten Unternehmens. Hier habe man allerdings schon einen Teilerfolg erzielen können. Künftig würde die Errichtung von Mobilfunkmasten nicht mehr von externen Firmen,

sondern von Mitarbeitern des Festnetzes durchgeführt, was 195 Jobs sichern würde. Er hofft, weitere derartige Vereinbarungen erzielen zu können.

Weiters hofft Kolek auf eine klare Stellungnahme von Finanzminister Wilhelm Molterer (V) als Eigentümervertreter zur heftig umstrittenen ÖIAG-Arbeitsagentur, aber dieser sei bisher „abgetaucht“. Belegschaftsvertreter nannten den Plan, rund 2.000 Telekom-Mitarbeiter auszulagern als „widerwärtig“.

ÖBB-POSTBUS VERSCHIEBT ENTSCHEIDUNG ÜBER IMMOBILIENVERKAUF IN GMÜND

Der ÖBB-Postbus hat am Mittwoch eine geplante Aufsichtsratsentscheidung über den Verkauf von nur mehr teilweise genutzten Werkstätten im niederösterreichischen Gmünd verschoben. Als Grund dafür gab eine Sprecherin gegenüber der APA die Einholung eines weiteren Gutachtens über den Verkehrswert der Liegenschaft an.

Der Betriebsrat des Postbus, Robert Wurm, hatte zuvor die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens in Frage gestellt und den geplanten Verkauf in Zusammenhang mit dem bevorstehenden Wechsel der ÖBB-Immobilienchefin Michaela Steinacker in die Raiffeisenholding Niederösterreich-Wien gebracht.